

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	95
		TOP:	4
	Verhandlung	Drucksache:	638/2016
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	05.12.2016		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Gewinnung und Erhaltung pädagogischer Fachkräfte in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 05.10.2016, öffentlich, Nr. 397

Ergebnis: Zurückstellung

Verwaltungsausschuss vom 23.11.2016, öffentlich, Nr. 484

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 21.11.2016, GRDRs 638/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Vom Bericht zur Gewinnung und Erhaltung von Fachkräften im pädagogischen Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder wird Kenntnis genommen.
2. Der Umsetzung der Personalgewinnungsmaßnahmen entsprechend Ziffer 3 dieser Vorlage wird zugestimmt:
3. Das Jugendamt wird ermächtigt, insgesamt 30 Auszubildende nach PiA"2" für die Zeit vom Schuljahr 01.09.2017 bis 31.08.2020 außerhalb des Stellenplans zu beschäftigen.

4. Der Aufwand für die Beschäftigung der Auszubildenden PiA"2" nach Ziffer 3.1 der ausführlichen Begründung
2017 in Höhe von 110.900 €,
2018 in Höhe von 332.600 €,
2019 in Höhe von 488.100 € und
2020 in Höhe von 532.800 €.
wird gedeckt durch Blockierung unbesetzter Planstellen im erforderlichen Umfang im Teilstellenplan des Jugendamtes.

Der Aufwand für die Maßnahmen nach Ziffer 3.2 bis 3.8 in Höhe von 350.500 € im Jahr 2017 wird in Höhe von 140.000 € gedeckt aus der im THH 100 Haupt- und Personalamt, Amtsbereich 1007320 KGr 42510, Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, veranschlagten Pauschale. Der Restbetrag in Höhe von 210.500 € wird über nichtverbrauchte Mittel der Kita-Ausbaupauschale, THH 510, Amtsbereich 5103651, KGr 42510, Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Mit der Vorlage werde der Ausbau der Maßnahmen zur Personalgewinnung und -erhaltung im Jugendamt vorgestellt, berichtet BMin Fezer. Folgende Maßnahmen seien mit der Beschlussvorlage geplant:

- weiterer Ausbau der Ausbildungsplätze (PiA 2)
- Ausweitung der Auslandsanwerbung
- überregionale Werbung in Print- und Onlinemedien
- überregionale Werbung im Umkreis von Fachschulen
- Einführung eines Mitarbeiter/-innen werben Mitarbeiter/-innen-Programms
- Qualifizierung von Nichtfachkräften und Kinderpflegern/-innen
- Ausbau der Personalzimmer für die Anwerbung von Fachkräften aus anderen Bundesländern und dem EU-Ausland

StRin Ripsam (CDU) bezieht sich auf die Anregung von StRin Vowinkel (SPD), diese Vorlage in 14 Tagen im Verwaltungsausschuss zu beschließen. Heute gehe es nur um die Vorberatung, so die Vorsitzende, eine Beschlussfassung in 14 Tagen sei nicht schädlich. StRin Ripsam nimmt Stellung zum Antrag Nr. 203/2016 der CDU-Gemeinderatsfraktion und auf die bisherigen Bestrebungen der Personalgewinnung. Die vorgestellten Maßnahmen, wie z. B. den weiteren Ausbau der Ausbildungsplätze über PiA, befürwortet sie sehr. Die Bezugnahme der Verwaltung auf die Zulage Tarif+ in der Vorlage mit der Feststellung der positiven Wirkungen für die Personalgewinnung irritiere sie, wenn beim heutigen Tagesordnungspunkt 6 die Arbeitsmarktzulage Tarif+ infrage gestellt würde. Aus Sicht des städtischen Trägers seien sämtliche Maßnahmen zu begrüßen, die die Personalgewinnung vorwärts brächten, meint StRin Ripsam. Sie gehe allerdings davon aus, dass sich die freien Träger gleich zu Wort melden würden, wie sich die Kooperation zwischen den städtischen und den freien Trägern zukünftig gestalten werde.

StR Lazaridis (90/GRÜNE) lobt die Maßnahmen zur Personalgewinnung. Er verweist auf Gespräche zwischen den freien Trägern und der Verwaltung, die stattgefunden hätten, und hofft dadurch auf einen gemeinsamen Weg der Stuttgarter Träger. Zu einer möglichen Ausbildungsprämie bei PiA meint StR Lazaridis, mit dieser Maßnahme könne im Sinne eines Bündnisses - unter Mitnahme der Fachschulen - die Personalgewinnung unterstützt werden. Den geplanten Ausbau der Ausbildungsplätze begrüßt er ausdrück-

lich und bezieht sich dabei auf den Antrag Nr. 387/2016 seiner Fraktion. Er regt eine tarifkonforme Ausbildungsprämie für den städtischen und den freien Träger an. Ihm schwebt dabei eine Erhöhung um 30 % vor. Darüber hinaus wünscht er sich 30 zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadt Stuttgart und weitere 70 bei den freien Trägern. Eine Einigung diesbezüglich würde er ausdrücklich begrüßen. Langfristig sieht er eine Umwandlung der finanziellen Mittel von Tarif+ in eine Investition in PiA-Ausbildungsplätze als sinnvoll an. Der Tarif+ sollte auch den Einsteigern in 2017 zugutekommen.

Für die städtischen Kitas sei festgestellt worden, so die Vorsitzende, es könne nicht unendlich aufgestockt werden, da die Ausbildung von Erziehern/-innen zusätzliche Verpflichtungen, Aufgaben und Belastungen mit sich brächten. Der unterbreitete Vorschlag, 30 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, könne seitens der Verwaltung verantwortet werden.

StRin Vowinkel (SPD) wiederholt, dieser Tagesordnungspunkt könne ohne den heutigen TOP 6 "Arbeitsmarktzulage Tarif+ für pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten" nicht beraten werden. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den Antrag Nr. 389/2016 der SPD-Gemeinderatsfraktion. Die Maßnahmen zur Personalgewinnung könnten nicht isoliert betrachtet werden.

Die Vorsitzende räumt ein, dass die folgenden Tagesordnungspunkte mit dieser Vorlage zusammenhängen würden. Dies könne gemeinsam betrachtet werden. Allerdings sei der TOP 5 "Eingruppierung von Fachkräften im Gruppendienst in den städtischen Kindertageseinrichtungen" - Ergebnisse der Schlichtung" ein anderes Thema. Sie schlage daher vor, im Anschluss den TOP 6 aufzurufen.

Für StRin Vowinkel sind die Personalgewinnungsmaßnahmen nicht ausreichend. Sie bemängelt, dass die Maßnahmen nicht mit den freien Trägern gemeinsam erarbeitet worden seien. Das Aufsetzen eines Programms für Wiedereinsteiger/-innen würde diese Stadträtin ausdrücklich begrüßen sowie fach- oder berufsfremde Wiedereinsteiger/-innen zu motivieren, im Bereich der Betreuung tätig zu werden. Der ausländische Berufsabschluss der Erzieher/-innen sollte unbürokratisch schnell anerkannt werden. Die Eingruppierung von Fachkräften sowie ein Ortszuschlag sollten den Erziehern/-innen zuteilwerden, da die Lebenshaltungskosten in Stuttgart sehr hoch seien. Ohne finanzielle Anreize sieht StRin Vowinkel keine ausreichenden Bemühungen für die Personalgewinnung.

Hierzu äußert die Vorsitzende, grundsätzlich sei sie mit den Vorschlägen von StRin Vowinkel einverstanden, allerdings müsse die Gesetzgebung und die Qualität in den Einrichtungen beachtet werden, was erschwerend hinzu komme. Die Einhaltung der Qualität fordere teilweise die Bürokratie. Herr Korn (JugA) ergänzt, die Ausbildung PiA 2 wende sich an den angesprochenen Personenkreis, der von der Arbeitsagentur mitfinanziert werde. Frau Dr. Heynen (JugA) informiert, in der PiA-Ausbildung befinden sich aktuell 200 Auszubildende.

StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) hätte auch eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4 und 6 begrüßt. Die Personalgewinnungsmaßnahmen bezeichnet er als ausgesprochen dünn. Hierbei bezieht er sich auf den Antrag Nr. 387/2016 von 90/GRÜNE und FDP. Die Ausbildungsplätze für PiA müssten über die 30 zusätzlichen Plätze erhöht werden, da erfahrungsgemäß 80 % der Absolventen nach der Ausbildung

in ihrem Ausbildungsbetrieb bleiben würden. Allerdings seien 24 Übernahmen (80 % der Absolventen der genannten 30 Ausbildungsplätze) bei insgesamt 200 unbesetzten Stellen in den Tageseinrichtungen für Kinder des Jugendamtes zu gering. Ebenso seien die Personalerhaltungsmaßnahmen bei einer Fluktuationsrate von 8,3 % nicht ausreichend, bemängelt StR Walter. Darüber hinaus kritisiert er, dass keine zusätzlichen finanziellen Mittel aufgewendet würden, um den Ausbau der Maßnahmen zur Personalgewinnung und -erhaltung zu erhöhen. Stattdessen würden die Mittel aus nicht verbrauchten Zuschüssen des Jugendamts stammen.

Auf einen Hinweis von StR Walter äußert Herr Korn, die Auslandsanwerbung von Erziehern/-innen stelle, wenn die erforderlichen Sprachkenntnisse vorhanden seien, eine probate Maßnahme dar. Es bedürfe der Zeugnisanerkennungsstelle des Regierungspräsidiums, allerdings werde gezielt in den Ländern Ausschau gehalten, die von der Zeugnisanerkennungsstelle schnell anerkannt würden.

Es sei richtig, bemerkt die Vorsitzende, die finanziellen Mittel hinsichtlich der Werbemaßnahmen könnten höher angesetzt sein, auch die Gehälter könnten attraktiver sein, allerdings müsse die Finanzierung und damit die Ressourcen im Auge behalten werden. Grundsätzlich habe man es mit einem Mangelberuf zu tun, was aber auch andere Berufe der städtischen Verwaltung, wie z. B. Altenpfleger/-innen, betreffe. StR Klingler (AfD) weist darauf hin, dass seitens der Arbeitsagentur bundesweit der Erzieher/-innenberuf nicht als Mangelberuf eingestuft sei, was sich bei der Förderung bemerkbar mache.

Frau Halm merkt an, bisher seien bei der Fluktuation der Erzieher/-innen die Rentenausstritte noch nicht in den Blick genommen worden. Diese Situation bringe aufgrund des demografischen Wandels weitere offene Stellen mit sich. Darüber hinaus bemängelt sie die Verdienstmöglichkeiten der Erzieher/-innen; es sei schwierig für männliche Erzieher, eine Familie zu ernähren.

Eine groteske Situation stellt für StR Klingler dar, dass neu errichtete Kitas aufgrund des fehlenden Personals leer stünden. Bei den vorgestellten Maßnahmen, besonders hinsichtlich der Printwerbung, bezweifelt er entsprechende Erfolge. Hingegen befürwortet er eine Imagekampagne der Stadt Stuttgart in den Stadtbahnen, in städtischen Gebäuden, in den Bädern, in den Hallen und bei Konzerten. Die Rahmenbedingungen bei den Gehältern müssten weiterentwickelt werden, um eine weiterhin qualifizierte Betreuung der Kinder sicherzustellen.

Herr Hiller spricht von einem gemeinsamen Interesse, die geschaffenen Kitaplätze zu belegen. Der wichtigste Inhalt der Vorlage sei die Ausbildung der Erzieher/-innen und der angekündigte Ausbau. Mit den Werbemaßnahmen könnten seiner Meinung nach Erzieher/-innen aus dem Umland gewonnen werden. Hierzu bringt er das Bedauern der freien Träger zum Ausdruck, dass keine gemeinsame Werbeaktion des städtischen und der freien Träger bisher versucht worden sei. Bisher gebe es noch keine gemeinsame Vorgehensweise und keine entsprechende Finanzierung für gemeinsame Aktionen. Zielführend sei es nicht, wenn sich Stuttgarter Träger gegenseitig Personal abwerben würden. Er plädiert für eine trägerübergreifende Strategie bei den Personalgewinnungs- und -erhaltungsmaßnahmen. Die Zeit bis zur Beschlussfassung in zwei Wochen sollte demnach für Gespräche mit den freien Trägern genutzt werden.

Herr Schulze-Gronemeyer berichtet von einer Abfrage bei den freien Trägern, um zusätzliche Unterstützung bei der Trägerpauschale zu erhalten mit dem Ziel der besseren

Betreuung der Auszubildenden. Für die freien Träger wären 80 zusätzliche Stellen im Bereich von PiA möglich.

An gemeinsamen Aktionen der freien und des städtischen Trägers äußert Herr Kelle ausdrücklich Interesse. Er erinnert an die Beratung desselben Themas vor zwei Jahren im Jugendhilfeausschuss, wobei die Verwaltung und die freien Träger gemeinsame Aktionen für Personalgewinnungs- und -erhaltungsmaßnahmen vereinbart hätten. Auch einen Blick ins Umland mit dem Ziel der Personalgewinnung hält er für zweifelhaft. Man komme nicht umhin, so Herr Kelle, in die Ausbildung zu investieren. Die freien Träger könnten sich, wie bereits Herr Schulze-Gronemeyer erwähnt habe, 80 Plätze vorstellen. Der Weg der Personalgewinnung funktioniere seiner Meinung nach nur über die Ausbildung von Erziehern/-innen. Er sei an intensiven Gesprächen in den kommenden zwei Wochen interessiert.

Die genannten zusätzlichen Ausbildungskapazitäten bei den freien Trägern nimmt die Vorsitzende freudig zur Kenntnis. Sie bekräftigt, wenn zusätzliche Erzieher/-innen angeworben werden könnten, kämen diese sowohl dem städtischen als auch den freien Trägern zugute und würden den Arbeitsmarkt entlasten. An der Zielrichtung der vorgeschlagenen Maßnahmen, betont die Vorsitzende, könne festgestellt werden, dass es sich um keine "Wilderei" innerhalb der Trägerlandschaft handle. Den Gesprächsbedarf der freien Träger könne sie nachvollziehen, allerdings habe es bereits Gesprächsrunden gegeben. BMin Fezer sagt zu, die Gespräche mit den freien Trägern erneut aufzugreifen, um gemeinsam Wege zu finden, wie die freien Träger eingebunden werden können.

Frau Dr. Heynen schließt sich der Zusage an und verspricht Gespräche zu einer gemeinsamen Strategie. Herr Biermann bemängelt generelle Absichtserklärungen zu einer gemeinsamen Strategie und meint - wie sein Vorredner Herr Kelle -, die Gespräche zu einem gemeinsamen Konzept müssten vor Weihnachten stattfinden. Die Vorsitzende sagt Gespräche innerhalb der nächsten zwei Wochen, vor Weihnachten, zu.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. GPR (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN